

Vision einer idealen Gesellschaft

Autor(en): **Roth, Fritz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 5

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339162>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Fritz Roth

Vision einer idealen Gesellschaft

Rückblick auf die «Ära Tschudi»

Eine Demokratie wie die unsrige zu regieren, sei kein Honigschlecken, hält Alfred A. Häsler im Vorwort zur Sammlung von Reden und Aufsätzen von alt Bundesrat Hans Peter Tschudi¹ fest: «Ein schweizerischer Bundesrat muss wissen, dass er es immer mit 25 autonomen Kantonsregierungen zu tun hat, die sich nur ungern ihre Rechte schmälern lassen. Er wird, sollte er es einmal vergessen, unverzüglich daran erinnert werden, dass jede der dreieinhalbtausend Gemeinden über eine Selbständigkeit verfügt, wie sie kaum ein anderes Land kennt. Die deutschschweizerischen Magistraten haben an das Gewicht zu denken, das wir den Minderheiten, den Romands, den Tessinern und den Rätoromanen, den konfessionellen und den nichtchristlichen religiösen Gruppen beimessen. Sie müssen an die Vielfalt der wirtschaftlichen, sozialen, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Interessen innerhalb unseres Volkes denken, die rasche Entscheidungen von weittragender Bedeutung nur selten erlauben. Sie müssen daran denken, dass die Schweiz keine Insel, sondern ein Staat in der Welt ist, mit dieser Welt tausendfältig verbunden und von ihr auch abhängig sind» (. . .).

Bundesräte hätten «mit einer Überfülle an Kleinarbeit fertig zu werden und sollen doch die grossen Ziele nicht aus den Augen verlieren. Sie müssen eine Regierungs- und insbesondere eine Departementskonzeption erarbeiten, die Ziele nicht zu hoch, aber auch nicht zu niedrig setzen. Sie müssen es hinnehmen, dass aller guter Wille, alle Anstrengung, aller Fleiss oft schlecht belohnt wird, dass sie Ziele zurückstecken müssen. Das Vaterland bleibt spröde, wenn es ums Anerkennen und Danken geht. Und doch hat das Volk ein feines Gespür für Qualität. Es urteilt nicht nur nach dem, was ein Bundesrat sagt, sondern misst ihn an seinem Tun, an seiner Integrität, an seinem Bemühen, das schwierige Geschäft des Regierens mit Anstand, Hingabe und Kompetenz zu betreiben. Gemessen an diesen Kriterien steht alt Bundesrat Hans Peter Tschudi gut da».

¹ Hans Peter Tschudi: «*Soziale Demokratie*». Reden und Aufsätze. Herausgegeben und eingeleitet von Alfred A. Häsler. Friedrich Reinhardt Verlag, Basel 1975. 200 Seiten, mit 10 Illustrationen, Fr. 22.80.

Soweit Häsler. Man dürfte wohl noch etwas weitergehen und sagen, dass Tschudi während seiner Amtszeit neue Massstäbe für die Arbeitsweise und den «Regierungsstil» eines Bundesrates gesetzt hat.

War früher das Departement des Innern ein «leichtes» Departement, das seinem Vorsteher – auch noch Bundesrat Etter – Zeit liess, im Zeichen des Kollegialsystems eingehend die Geschäfte anderer Departemente zu studieren, so änderte sich dies in der «Ära Tschudi» gründlich. Innerhalb kurzer Zeit wurde das Innere mit neuen, zum Teil gewaltigen Aufgaben überhäuft. So führte etwa der 1948 beschlossene Ausbau der Altersvorsorge zwangsläufig zu immer neuen AHV-Reformen; der Ausbau des Nationalstrassennetzes musste vorangetrieben werden; die zunehmende Überforderung der Kantone durch Bildungs- und Forschungsaufgaben führte ebenfalls zwingend zum Ausbau der Bundeskompetenzen. Es wurde denn auch bald gesagt, Bundesrat Tschudi müsse ein Zwilling sein, Hans und Peter, denn einer allein könnte schwerlich so viel Arbeit so gründlich und speditiv bewältigen, wie dies der Fall war.

Die Sammlung von Reden und Aufsätzen vermittelt einen Eindruck vom weitgespannten Aufgabenbereich des Innenministers und der Art, wie sich Tschudi diesen Aufgaben stellte. Schon die Titel der einzelnen Beiträge zeigen das breite Spektrum von Bereichen, zu denen sich Tschudi prägnant und mit Sachkenntnis äussert. Sie lauten: *Wohin geht die Schweiz? Zukunftsprobleme des Kleinstaates (1971)*; *Eidgenössische Kulturpolitik (1970)*; *Die Geisteswissenschaften in der modernen Gesellschaft (1972)*; *Zwischenbilanz im Nationalstrassenbau (1973)*; *Umweltschutz für den Menschen (1973)*; *Die Verantwortung des Arztes (1967)*; *Philip Albert Stapfer als schweizerischer Staatsmann (1966)*; *Karl Schmid als Staatsbürger und politischer Denker (1974)*; *Rücktritt aus dem Bundesrat (1973)*.

Es gibt brillantere Redner als Hans Peter Tschudi. Schwungvolle Eloquenz fehlt seinen Ansprachen ganz. Seine Sprache ist klar, nüchtern, sachlich. Zahlen und «trockene» Fakten nehmen einen bedeutenden Platz ein. Trotzdem wirken die Reden und Aufsätze auf den Leser. Nicht durch schmückendes Beiwerk, nicht durch rhetorische Effekte.

Tschudis Ausführungen wirken durch die Haltung, die dahintersteht und immer wieder durchscheint. Wie Häsler im Vorwort festhält, sind Fakten, Zahlen und Sprache erfüllt «von einem beharrlichen Engagement für den Menschen in unserer modernen pluralistischen, widersprüchlichen und oft nur schwer durchschaubaren Zeit. Es ist ein Engagement, das bei aller Entschiedenheit nie auf die Verletzung des Gegners ausgeht. Es will ihn gewinnen und ihm deutlich machen, dass soziale Gerechtigkeit unabdingbar mit der Demokratie verbunden und also im Interesse aller ist, die Demokratie wollen».

Das Engagement für den konkreten Menschen, seine Situation im alltäglichen Leben zieht sich in der Tat wie ein roter Faden durch die

Beiträge zu unterschiedlichsten Themen. Besonders deutlich kommt dies etwa in der Rede über *Eidgenössische Kulturpolitik* zum Ausdruck. Nachdrücklich setzt sich Tschudi dafür ein, dass Kulturpolitik sich an den Bedürfnissen des einzelnen Menschen in unserer Industriegesellschaft zu orientieren habe. Eine aktive Kulturpolitik des Staates müsse eine Vielzahl von Massnahmen umfassen, «die ihren gemeinsamen Nenner darin haben, dass sie darauf ausgerichtet sind, es dem einzelnen zu ermöglichen, sein Leben so zu gestalten, dass er in ihm eine tiefere Erfüllung findet». Wir müssten danach streben, «allen Schichten unserer Bevölkerung eine aktive Teilhabe am geistigen und kulturellen Leben unserer Gegenwart zu erleichtern. Wir müssen uns fragen, durch welche Massnahmen wir erreichen können, dass der Einzelne die kulturellen Mittel (. . .) zur Mehrung seiner Freiheit, zur Stärkung seiner Autonomie und zur Hebung seiner Daseinsfreude in Wirklichkeit auch zu nutzen vermag.»

Unter diesem Aspekt gilt es auch die Gestaltung der Umwelt zu sehen. Das Gesicht einer Stadt, eines Dorfes ist nicht bloss eine Frage abstrakter Ästhetik. Wo nur das Nützliche und Praktische das Konzept bestimmen, entsteht jene Unwirtlichkeit der Städte, die Alexander Mitscherlich beklagt hat. «Eine aktive Kulturpolitik wird deshalb nicht nur an der Höhe der Beiträge zu messen sein, die ein Land für die Förderung der Kunst, für den Unterhalt der Museen und der Theater ausgibt, sondern auch daran, welche Bedeutung dem Ästhetischen im tagtäglichen Leben eingeräumt wird.»

Nach dem Kriterium des Menschengerechten beurteilt Tschudi auch Fragen von Wirtschaft und Technik. Konsequenterweise nimmt daher in seinen Betrachtungen das Problem der Umweltgestaltung eine zentrale Stelle ein. Tschudi betont, dass sich die Ziele des Umweltschutzes nur zusammen mit einer zielbewussten Orts-, Regional- und Landesplanung verwirklichen lassen. «Für diese muss die öffentliche Meinung gewonnen werden, in analoger Weise wie heute für den Umweltschutz. Dies fällt allerdings nicht leicht, weil die Landesplanung vermehrt in bestehende Privilegien und in Rechte Einzelner eingreift. Ohne Einschränkungen des individuellen Eigentums lässt sich aber das Wohl der Gemeinschaft und damit das Wohl aller Individuen nicht verwirklichen.»

Manch ein Leser wird in den Reden einen «neuen» Tschudi entdecken. Gemeinhin wird Tschudi ja als «Pragmatiker» abgestempelt. Nun ist aber unter Pragmatismus eine Handlungsweise zu verstehen, die sich nicht an übergeordneten sittlichen Grundsätzen orientiert, sondern die Entscheidungen an die jeweilige Situation anpasst und dabei nach im einzelnen unterschiedlichen Zielsetzungen verfährt. Wie schon aus dem bisher Gesagten hervorgeht, wird derjenige, der in Tschudi einen derartigen Pragmatiker gesehen hat, bald merken, wie verfehlt eine solche Etikettierung in diesem Falle ist. Tschudi versteht sich auch selbst keines-

wegs als Pragmatiker. So erklärt er: «Um den rasch wachsenden Anforderungen zu genügen, bedarf es einer *weitsichtigen Planung*. Der vielgepriesene Pragmatismus mag sich im kleinen bewähren; für die Vorbereitung auf die kommenden Jahrzehnte bildet er nicht die richtige Methode (. . .). Beweglichkeit in der Planung ist Gebot, doch ebenso Klarheit in der Zielsetzung und Festigkeit in der Befolgung der gewählten Marschroute.»

Ein echter Idealist – und ich glaube, um einen solchen handelt es sich bei Tschudi – braucht nicht realitätsblind zu sein, und er wird sich nicht der Kleinarbeit im politischen Alltag entziehen. Im Gegenteil, die Vision einer idealen Gesellschaft verpflichtet ihn, das ihm Mögliche zu tun, um uns in Richtung auf diese bessere Gesellschaft weiterzubringen. Um an ein von Bundesrat Ritschard verwendetes Bild anzuknüpfen: Er wird die Milchstrasse sehen und als bedeutsam erachten, nicht um sie zu pasteurisieren, sondern um eine richtige Milchpreispolitik zu betreiben.

Trotz seinem ausgeprägten Sinn für das politisch Mögliche ist sich Tschudi bewusst, dass zu einem gegebenen Zeitpunkt realisierbare Fortschritte eben nur *Schritte* auf dem Weg zu einer besseren Ordnung sind, nicht schon Ziel. Und obwohl er weiss, wie schwierig es in unserem Staatswesen ist, rasche und durchgreifende Verbesserungen zu erreichen, plädiert er für radikale Veränderungen und verwirft jeden Gedanken an Passivität oder Resignation. Das Argument der begrenzten Möglichkeiten des Kleinstaates etwa lässt er nicht gelten. «Selbstverständlich ist der Einfluss eines Kleinstaates oft nicht sehr erheblich, er kann aber durchaus ins Gewicht fallen. Jedenfalls darf dieser Gesichtspunkt nicht als Entschuldigung für Passivität dienen. Sie könnte nicht als Demut oder Bescheidenheit qualifiziert werden, sondern eher als Feigheit.»

Korrigenda

In Dr. Fritz Heeb's Artikel «Fragen ohne Antwort» («Profil» Nr. 4/76) hat sich auf Seite 100 ein sinnstörender Druckfehler eingeschlichen. Richtig lautet der Satz:

«Es wird nicht um ‚Gegenmacht‘ gegenüber dem Bürgertum, es wird um ‚Gegenmacht‘ innerhalb der Sozialdemokratischen Partei gekämpft, getreu dem unausgesprochenen Axiom, dass das Haupthindernis der Revolutionierung der Massen die Sozialdemokratie ist.»